

Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten Rechnung tragen, um gemeinsam das Eis des kalten Krieges zum Schmelzen zu bringen?

Die westdeutschen Sozialdemokraten sollten verstehen, daß die Großunternehmer, ihre Verbände und ihre Regierung natürlich in keiner Weise an einer Lösung interessiert sind, die nicht die Vormachtstellung ihrer Klasse auch über die DDR einschließt. Das aber ist nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für das ganze Volk der Deutschen Demokratischen Republik untragbar. Das wäre auch die größte Gefahr für den Frieden.

*Wenn es also zu einer Vereinigung der deutschen Staaten kommen soll, dann müssen die Arbeiterparteien und die Arbeiterorganisationen die Initiative ergreifen.*

Wir in der Deutschen Demokratischen Republik haben durch die Kraft der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes eine demokratische Ordnung geschaffen und errichten jetzt den Sozialismus. Viele Forderungen, für die die deutsche Sozialdemokratie jahrzehntelang gekämpft hat, sind bei uns verwirklicht. Die Großbetriebe sind in Volkes Hand. Die Arbeiter nehmen an der Planung und Leitung der Wirtschaft teil. Der Boden der Großgrundbesitzer gehört denen, die ihn bebauen. Das Bildungsprivileg der Reichen ist gebrochen. Die Gleichberechtigung der Frauen ist hergestellt. Alle jungen Menschen haben gleiche Chancen. Wir betrachten es als wahrscheinlich, daß die Arbeiterklasse Westdeutschlands nicht den Weg der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik wiederholen wird, denn schließlich sind heute andere Voraussetzungen als vor zwanzig Jahren und vor siebzehn Jahren. Die Existenz eines sozialistischen deutschen Staates ermöglicht es den Westdeutschen, manche Fragen der notwendigen demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft auf einem anderen, hoffentlich leichteren Weg zu lösen, als wir es unter den schwierigen Bedingungen unseres Anfangs tun mußten.

Wie immer auch der Weg der westdeutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten sein wird, klar erscheint jedenfalls, daß das Verhältnis der westdeutschen Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen zur Deutschen Demokratischen Republik nicht das Verhältnis der Feindschaft sein kann. Sicherlich wäre es förderlich, wenn die westdeutschen Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen unsere Entwicklung sorgfältig studieren würden. Vielleicht finden sie doch aus unseren Erfahrungen einiges, was auch für Westdeutschland nützlich sein kann.